

ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 16
Januar/Februar 2022

SPEZIAL:

ZURÜCK ZUR FREIHEIT

Die Bundesregierung verrennt sich in ihrer Corona-Politik zunehmend in Widersprüche und eine juristisch zweifelhafte Gesetzgebung. Spätestens mit der allgemeinen Impfpflicht würde die „Ampel“ endgültig den Boden des Grundgesetzes verlassen.

Der bürgerliche Protest gegen die unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen nimmt bundesweit massiv an Fahrt auf. Jeden Montag finden mittlerweile tausende friedliche Spaziergänge statt, zusätzlich werden wöchentlich hunderte Demonstrationen angemeldet. Und zunehmend melden sich auch gewichtige Stimmen zu Wort, wie zuletzt der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier. Der renommierte Staatsrechtler schrieb kürzlich in einer Stellungnahme zur allgemeinen Impfpflicht:

„Auf der Basis des jetzigen Wissens- und Erkenntnisstands kann man meines Erachtens nicht überzeugend begründen, dass eine allgemeine gesetzliche Impfpflicht den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit entsprechen wird.“

Wir leben offensichtlich in turbulenten Zeiten, wenn der ehemals höchste Richter Deutschlands der amtierenden Bundesregierung indirekt vorwirft, dass sie mit der Impfpflicht einen verfassungswidrigen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit vorbereitet. Wir dürfen gespannt sein, ob die Regierung diesen Bruch der Verfassung in Kauf nimmt – oder ob sie endlich den Weg zurück zu Freiheit, Augenmaß und Vernunft findet. Es wäre jedoch nicht das erste Mal, dass sie in der Pandemie verfassungswidrig handelt.

- **Wendehals Söder**
- **Schwarz-grünes Günzburg**

Weitere Themen:

- **Titel: Zurück zur Freiheit**
- **TOPTHEMA: Korruption**
- **Windräder vor der Haustür**
- **Bahn übergeht Betroffene**
- **INFO: Impfpflicht in der Pflege**
- **Heizkosten müssen sinken**
- **Gerichte kippen 2G**
- **Deutschland geht spazieren**
- **Die gute Nachricht**

TOPTHEMA: KORRUPTION

Nachdem die AfD-Fraktion bereits im Juli dieses Jahres einen Untersuchungsausschuss zur CSU-Maskenaffäre gefordert hatte, wurde dieser nun mit einer konstituierenden Sitzung im Landtag einberufen. Der Ausschuss bietet dem Parlament die Möglichkeit, die Vorgänge im Zusammenhang mit der Beschaffung von überteuerter Schutzausrüstung in der Corona-Krise aufzuklären. Insbesondere die Rolle der Günzburger Politiker Nüßlein und Sauter kann und wird hierbei aufgearbeitet werden. Die Politik in Deutschland hat ein

jedoch der Ansicht, dass sich die Herren nicht der Korruption schuldig gemacht haben. Das Gericht hat sogar geurteilt, dass die beschlagnahmten Gelder an die Beschuldigten zurückbezahlt werden müssen. Wir sprechen alleine hier von 660.000 bzw. 1,24 Millionen Euro. Offensichtlich ist es lukrativ, langjähriges Mitglied der CSU zu sein. Aber wie sind diese hohen Provisionen überhaupt zustande gekommen? Die Einkaufspreise der Masken lagen um ein Vielfaches über dem üblichen Preis. Nur durch diese Wucherpreise entstand den



massives Korruptionsproblem. Mit Olaf Scholz wurde kürzlich ein SPD-Mann Bundeskanzler, der über äußerst fragwürdige Verbindungen zur Finanzindustrie verfügt, und im Zusammenhang mit dem CumEx-Betrug nachweislich den Deutschen Bundestag belogen hat. Aber auch im Landkreis Günzburg haben wir Spezialisten für schmutzige Geschäfte neben dem politischen Mandat. Die Günzburger Abgeordneten Georg Nüßlein und Alfred Sauter haben sich in der sogenannten Maskenaffäre hemmungslos auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Das Oberlandesgericht München ist

Händlern überhaupt erst der Spielraum für derart hohe Provisionen an Mandatsträger. Warum gibt es für derartige Beschaffungen keine Überwachungsinstrumente innerhalb des Verwaltungsapparats? Und was ist eigentlich in der Günzburger CSU los, wenn sich sowohl der Landtagsabgeordnete als auch der Bundestagsabgeordnete der Region in der größten Krise der Bundesrepublik ungeniert die Taschen vollstopfen? Diese unwürdigen Vorgänge müssen jetzt restlos aufgeklärt und der Korruptionssumpf innerhalb der CSU trockengelegt werden.

Wendehals Söder

Eines muss man dem Bayerischen Ministerpräsidenten lassen: Er hat ein feines Gespür für die politische Wetterlage. Es ist ihm daher nicht entgangen, dass mittlerweile die Mitte der Gesellschaft gegen seine schädliche Corona-Politik auf die Straße geht. Markus Söder vollzieht deswegen in diesen Tagen die nächste politische Kehrtwende und sucht plötzlich den Dialog mit denjenigen, die er gestern noch als Corona-Terroristen bezeichnet hat. Söder schwurbelte dazu wörtlich:

„Es wird nicht mehr ausreichen, die Lage nur medizinisch und virologisch zu betrachten. Wir müssen auch auf die gesellschaftliche und soziale Komponente stärker achten.“

Ob sich die Bayern wohl von diesen wohlklingenden Sätzen einwickeln lassen? Oder werden sie sich daran erinnern, dass es Söder höchstpersönlich war, der noch vor kurzem mit verantwortungslosen Pest-Vergleichen Angst und Schrecken in der Bevölkerung verbreitete? Söder ist und bleibt der größte Populist der Nation. Hoffentlich erkennen das bald auch die Wähler.





„Wir werden alles tun, was notwendig ist, es gibt da für die Bundesregierung keine roten Linien.“

...sagte Kanzler Scholz kürzlich zur Corona-Situation

Ein Bundeskanzler, der wörtlich „keine roten Linien“ mehr einhalten will, stellt sich abseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Das Grundgesetz erlaubt es ausdrücklich nicht, in einer echten oder vermeintlichen Notsituation mal eben so nach Belieben alle Grundrechte einzukassieren. Genau das hat Scholz jedoch mit seiner Aussage angekündigt – in normalen Zeiten wäre eine derartige Verachtung für die Verfassung Grund genug für den Rücktritt.

WINDRÄDER VOR DER HAUSTÜR

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Ludwig Hartmann, hat sich für einen massiven Ausbau von Windkraftanlagen in den bayerischen Wäldern ausgesprochen. Er fordert weiterhin, die bayerische 10H-Regelung über Bundesrecht auszuhebeln, wobei er manipulativ von „korrigieren“ spricht. Diese „Korrektur“ der bayerischen Gesetzgebung über Bundesrecht würde den Föderalismus weiter aushöhlen, und damit unsere

verfassungsgemäße Staatsordnung beschädigen. Die grünen Ideologen betreiben Raubbau an demokratischen Prinzipien, indem sie politische Entscheidungen möglichst weit weg vom Bürger treffen wollen. Die Mitsprache der Betroffenen vor Ort wird damit immer weiter ausgehebelt, das ist grüner Totalitarismus in Reinform. Windkraftanlagen enteignen die Anwohner über die Entwertung der Grundstücke erheblich. Die Bürger müssen deswegen auch in Zukunft ein Mitspracherecht haben.

BAHN ÜBERGEHT BETROFFENE

Die Deutsche Bahn hat in Günzburg die Grobtrassierung der Bahnstrecke zwischen Ulm und Augsburg vorgestellt. Zwei der bisher geplanten Varianten werden nicht weiterverfolgt, dafür wurden zwei neue Trassenentwürfe vorgelegt. Kritik an der geplanten Bahntrasse kommt vor allem von betroffenen Landwirten und Anwohnern. Die bisherige Planung der Neubaustrecke zwischen Ulm und Augsburg beweist einmal mehr, dass die betroffenen Anwohner bei großen Infrastrukturprojekten einfach

übergangen werden. Es ist unstrittig, dass die stark ausgelastete Bestandsstrecke zwischen Ulm und Augsburg mittelfristig ausgebaut werden muss. Insgesamt wird jedoch bei der bisherigen Planung -wie auch bei anderen Infrastrukturprojekten- kaum Rücksicht auf die Anwohner genommen. Es darf nicht sein, dass sich die Wohnsituation von enteigneten Bürgern oder die Wirtschaftlichkeit von landwirtschaftlichen Betrieben durch das Infrastrukturprojekt verschlechtern.

INFO: IMPFPFLICHT IN DER PFLEGE

Der Bundestag hat eine einrichtungsbezogene Impfpflicht für Beschäftigte in medizinischen Einrichtungen beschlossen. Bis zum 15.03.2022 müssen demnach alle Angestellten einen Impfnachweis vorlegen. Entgegen der in den Medien dargestellten Rechtslage ist die Impfpflicht jedoch keine verbindliche Vorgabe. Die örtlichen Gesundheitsämter können auf

Basis des Gesetzes ab dem 16.03.2022 ein sogenanntes Betretungsverbot für ungeimpftes Personal aussprechen, was einem Berufsverbot gleichkommt. Melden die Kliniken und Pflegeheime jedoch bis zum Stichtag, dass ohne die bis dahin ungeimpften Mitarbeiter die Versorgung der Patienten nicht gewährleistet werden kann, dann müssen die Gesundheitsämter das

Betretungsverbot nicht aussprechen. Die Impfpflicht wird also in dem Moment wirkungslos, sobald sich ausreichend viele Beschäftigte auch bis Mitte März nicht gegen ihren Willen impfen lassen. Es wird sehr spannend, wie sich die Entwicklung bis dahin darstellt. Einen großen Vorwurf muss man jedoch der Presse machen, denn diese stellt die Rechtslage völlig falsch dar.

HEIZKOSTEN MÜSSEN SINKEN

Die Energiepreise im Wärmesektor in Deutschland haben sich durch staatliche Eingriffe in den Energiemarkt, Markteffekte sowie erhöhte Abgaben und Steuern (u.a. CO₂-Steuer) massiv erhöht. Viele Bürger können die damit verbundenen Mehrausgaben kaum noch bewältigen, ihnen droht ein kalter Winter. Auch Unternehmen sind massiv von den steigenden

Preisen betroffen, wobei diese bereits durch die Auswirkungen der Corona-Politik wirtschaftlich stark unter Druck stehen. Eine sofortige Absenkung der Kosten u.a. für Heizenergie ist daher politisch angezeigt. Deutschland hat aufgrund überproportional hoher Steuern, Umlagen und Abgaben auf Energieprodukte die höchsten Energiepreise weltweit. Der hohe staatliche Anteil an den

Kosten für Wärmeenergie in Deutschland ermöglicht jedoch eine sofortige Entlastung der Energiepreise. Auf Bundesebene ist daher die sofortige Abschaffung der CO₂-Steuer einzuleiten. Damit verbunden muss die Energiesteuer um 50 Prozent sowie die Mehrwertsteuer auf Energieträger um ebenfalls 50 Prozent abgesenkt werden. Die Abzocke im grünen Gewand muss beendet werden.

GERICHTE KIPPEN 2G

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat die Beschränkung des Zugangs zu Einzelhandelsgeschäften auf Geimpfte und Genesene („2G-Regel“) außer Vollzug gesetzt. Das Gericht in München gab damit am Mittwoch überraschend einem Eilantrag einer Inhaberin eines Lampengeschäfts in Oberbayern statt. Nachdem bereits Söders Ausgangssperre im Frühjahr

2020 für verfassungswidrig erklärt wurde, belegt nun auch das Urteil zur 2G-Regelung, dass die Regierung längst den Boden der verfassungsgemäßen Ordnung verlassen hat. Erschwerend kommt hinzu, dass die bürgerliche Opposition die Regierung bereits bei der Einführung der Regelung davor gewarnt hatte, dass diese nicht mit der Verfassung vereinbar ist. Was die anderen Landtagsfraktionen damals als

„rechtes Geschwurbel“ abgetan hatten, wurde nun durch den Verwaltungsgerichtshof bestätigt: Söders CSU und Aiwangers Freie Wähler haben wiederholt gegen geltendes Recht verstoßen. Diese bürgerfeindlichen politischen Schandtaten müssen endlich Konsequenzen haben, Söders gesamtes Kabinett muss geschlossen zurücktreten. Wer die Verfassung mit Füßen tritt, darf kein Staatsamt innehaben.

DEUTSCHLAND GEHT SPAZIEREN

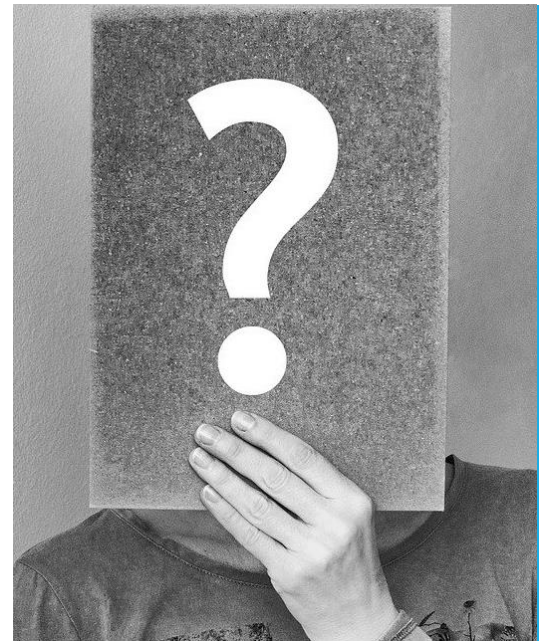
Bundesweit gehen mittlerweile jede Woche hunderttausende Menschen gegen die überzogenen Corona-Maßnahmen auf die Straße. Wo Söder eine „Corona-RAF“ sieht, sieht der Brandenburger Staatssekretär des Inneren das bürgerliche Spektrum auf der Straße. Auch in Günzburg und Umgebung finden friedliche Spaziergänge und angemeldete Demonstrationen für Freiheit und Selbstbestimmung und gegen staatlichen Zwang statt. Die Medien versuchen verzweifelt, die Proteste in eine extremistische Ecke zu schieben, doch nicht jeder fällt darauf rein. Krumbachs Bürgermeister Hubert Fischer sagt zu den corona-kritischen Spaziergängen nüchtern:

„Das muss eine Demokratie aushalten“

Es ist daher ein Skandal, dass mittlerweile zahlreiche Städte - darunter München - mit Allgemeinverfügungen friedliche Spaziergänge einfach

als „rechtswidrig“ deklarieren und kurzerhand verbieten. Hätte man uns vor fünf Jahren von einem „rechtswidrigen Spaziergang“ erzählt, hätten wir angesichts des schlechten Scherzes wohl nur mit dem Kopf geschüttelt. Doch heute, nach zwei Jahren politisch erzeugtem Corona-Notstand, scheint Ordnungsämtern und Polizeibehörden wirklich nichts mehr zu dumm zu sein. Auf einzelnen Demonstrationen waren bereits Beamte zu sehen, die mit 1,5m langen Holzstangen die Abstände zwischen den Teilnehmern nachgemessen haben. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn man sich im Ausland langsam fragt, was eigentlich schon wieder bei den Deutschen los ist. Haben unsere Behörden wirklich nichts Wichtigeres zu tun, als im öffentlichen Raum die Abstände zwischen Bürgern abzumessen? Die Altparteien scheinen unsere Heimat in eine Bananen-republik verwandeln zu wollen.

„Das muss eine Demokratie aushalten“



SCHWARZ-GRÜNES GÜNZBURG

Vertreter von CSU und Grünen wollen den Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien im Landkreis Günzburg und darüber hinaus massiv vorantreiben. Alleine um das Kernkraftwerk Gundremmingen zu ersetzen, bräuchte man jedoch ca. 2100 Windkraftanlagen. Es müssten also auf jedem Quadratkilometer des Landkreises drei Windkraftanlagen gebaut werden. Haben CSU und Grüne das mal nachgerechnet?

DIE GUTE NACHRICHT

Die rund 100.000 niedergelassenen Mediziner in Deutschland wollen eine mögliche Impfpflicht nicht umsetzen.

„Wir werden unseren Ärzten nicht zumuten, eine Impfpflicht gegen den Willen der Patienten zu exekutieren“, sagte Kassenärzte-Chef Andreas Gassen. Die allgemeine Impfpflicht wird zwar vielleicht kommen, sie wird jedoch

kaum durchsetzbar sein. Einerseits gibt es in Deutschland kein Impfregister, die Behörden kennen also den Impfstatus der Bürger nicht. Die Einrichtung eines Registers würde voraussichtlich mindestens ein Jahr dauern. Andererseits kommt zunehmend Widerspruch von Seiten der Medizin und der Justiz. In Österreich hat mittlerweile sogar die Polizei angekündigt, die

Einhaltung der Impfpflicht nicht kontrollieren zu wollen. Die Bettdecke der Regierung wird also langsam an allen Enden zu kurz: Scholz und seine Kumpanen sollten den Tatsachen ins Auge blicken: Die allgemeine Impfpflicht wäre nicht nur verfassungswidrig, sie wäre auch nicht ansatzweise durchsetzbar. Es ist also höchste Zeit, zu Eigenverantwortung und Vernunft zurückzukehren.

IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL
Max-Planck-Straße 1
81675 München

TELEFON:

089 4126-3412

E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Bildnachweise:

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, Zuschnitt und Änderung auf S/W, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

Besuchen Sie mich unter:

www.gerd-mannes.de

www.instagram.com/gerdmannes/

www.facebook.com/GerdMannes/

www.twitter.com/GerdMannesAfD

